62. Jahrgang. № 269. Montag, 29. September 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr und Anzeigen-Preise: vierteljährlich in Dresden und Vororten bei postmaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 3.60 M., monatlich 1.20 M. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, einspaltige Nr. und Preisfuß 25 v. H. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 15 Pf., Sonntags 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Revolutionsgefahr in England.

Anwachsen der englischen Streikbewegung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 28. Sept. Es scheint, daß in England jetzt der lange gefürchtete Augenblick herangebrochen ist, wo der große Kampf zwischen der Arbeiterschaft und den Kapitalisten bzw. den besitzenden Klassen zum Austrag gebracht werden dürfte, und zwar handelt es sich nicht um einen Lohnkampf, sondern darum, den Arbeiterführern die politische Gewalt in die Hände zu bringen. Mit anderen Worten: Wir stehen vor einem Ausbruch der Revolution, zu deren Herannahen in den letzten Monaten sich schon oft bedenkliche Anzeichen kundgetan haben. Die Art und Weise, wie der Eisenbahnerstreik begann, zeigt deutlich genug, wie wohlvorbereitet und wohlorganisiert die ganze Sache in Szene gesetzt worden ist. Der Streik trat in allen Teilen des Landes ein und die Betriebe wurden Punkt 12 Uhr nachts eingestellt. Weder auf den großen Bahnen, noch auf lokalen Strecken, noch auf der Londoner Untergrundbahn verkehrten Züge. Mit dem Moment, wo der Bund der Maschinisten und Heizer vorgestern beschloß, die Eisenbahner zu unterstützen und Thomas diesen Entschluß ankündigen konnte, war der Würfel gefallen.

Die Transportarbeitervereinigung hat allerdings, soweit bisher Nachrichten vorliegen, noch nicht beschlossen, was sie tun wird, aber es ist klar, daß sie jetzt nicht zurückbleiben kann. Lloyd George hat, wie die Regierungspresse erfährt, mit besonderem Nachdruck erklärt, nichts unversucht zu lassen, um eine gütliche Beilegung zu erzielen, um das Unheil noch einmal abzuwenden. Es ist der Regierung daher nichts anderes übrig geblieben, als den Kampf aufzunehmen, und die nächsten Tage müssen zeigen, ob sie noch über die nötigen Machtmittel verfügt. Der Verband der Chauffeure hat ebenfalls öffentlich erklärt, nicht als Streikbrecher dienen zu wollen. Kriegsminister Churchill, der sich in der gegenwärtigen Lage ganz in seinem Element befindet, hat sofort alle Urlaube zurückgezogen. Er befahl, daß die Demobilisierung der Armee eingestellt werden soll. Ebenso ist die Auflösung des Frauenhilfsdienstes vorläufig aufgeschoben worden.

Thomas hat sofort eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der er die Handlungsweise der Eisenbahnarbeiter vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen sucht und selbst die Eisenbahner ermahnt, ruhig vorzugehen, um durch keinerlei Sabotage sich die Sympathien des Publikums zu verscherzen. Wie sich die letzteren verhalten werden, ist immerhin noch zweifelhaft, da man nicht vergessen darf, daß bei den geringen Mengen von Lebensmitteln, über welche die Städte noch verfügen, ein Zustand eintreten muß, wie man ihn während des Krieges in England niemals gehabt hat. Die Rationierung der Lebensmittel ist durch die Regierung sofort wieder aufgenommen worden, ebenso die der Kohlen.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Versailles, 28. Sept. Der Friedensausschuß der französischen Kammer versuchte gestern nachmittag für die Tagesordnung André Lefèvres einen Wortlaut zu fassen, dem die Regierung zustimmen könnte. Laut „Matin" sagte Geddes nach langer erregter Aussprache folgenden Wortlaut vor: „Die Kammer ersucht die Regierung, Verhandlungen mit den alliierten und assoziierten Regierungen anzuknüpfen, um die Entwaffnung Deutschlands und seiner Alliierten durch Verbot gewisser Kriegsindustrien und durch alle notwendig erscheinenden Maßnahmen effektiv zu machen." Der Ausschuß wird am Montag diesen Wortlaut nochmals besprechen und zugleich eine Tagesordnung Aurieul, betreffend eine interalliierte finanzielle Solidarität, mit dem Finanzminister Klotz erörtern. Aus Clémenceaus Rede in der vorläufigen Sitzung des Friedensausschusses hebt „Matin" folgendes hervor. Clémenceau sagte, Lefèvre verlange, daß Deutschland keine Kanonen herstellen dürfe. Das sei nach seiner Ansicht das einzige Mittel, eine wirksame Kontrolle auszuüben. Hinsichtlich der schweren Artillerie genüge der Friedensvertrag den Wünschen Lefèvres durchaus, denn Deutschland würde schwere Artillerie weder herstellen noch kaufen noch auf irgendeinem anderen Wege erhalten. Auch hinsichtlich der Feldartillerie gebe der Friedensvertrag Frankreich das Recht, die Herstellung in Deutschland zu begrenzen; denn die Alliierten könnten sich die Fabriken auswählen und daher jede Fabrikation untersagen. Was aber das anlange, daß Frankreich Deutschland Kanonen liefere und es sofort decken solle, falls es angegriffen würde, so sei das ganz unzulässig. Daher, so schloß Clémenceau, sei es nicht möglich, die Verhandlungen mit Deutschland wieder zu eröffnen; denn er wolle keine neuen Verhandlungen mit Deutschland, aber er wolle gern über diese Frage mit Frankreichs Alliierten wieder unterhandeln, da es sich im großen uns ganzen darum handelt, das Land vollkommen zu beruhigen. So wolle er sich der Tagesordnung Lefèvres nicht grundsätzlich widersetzen.

Eine deutsch-französische Ausstellung.

Saarbrücken, 28. Sept. Die erste deutsch-französische Ausstellung wurde heute nachmittag hier im Beisein des Oberstkommandierenden des Saargebiets Generals Andlauer und der Vertreter des Völkerbundes eröffnet. Der Handelskammersyndikus Dr. Schlenker hielt die Eröffnungsrede, in der er auf die Bedeutung der Ausstellung für die Anknüpfung weiterer Beziehungen hinwies. Besonderer Nachdruck liegt auf Handwerk und Gewerbe und auf der Metzer Industrie, die sich die Aufgabe stellt, dem Publikum den Wert der saarländischen Erzeugnisse vor Augen zu führen. Elsaß-Lothringen ist mit 60 Firmen vertreten. Von deutscher Seite sind zusammen 80 Aussteller erschienen. Die Ausstellung wird morgen für das Privatpublikum geöffnet werden und dauert bis zum 31. Oktober. Die Gesamtzahl der Aussteller wird auf 1000 geschätzt.

Schwere Drohung wegen der Räumung des Baltikums.

Versailles, 27. Sept. Der „Temps" meldet, der Rat der Vertreter der fünf Großmächte hat heute vormittag beschlossen, durch Vermittlung des Marschalls Foch der deutschen Regierung eine letzte Note zu überreichen, um die sofortige Räumung der baltischen Provinzen Litauen und Kurland durch die Truppen des Generals v. d. Goltz zu verlangen. Wenn die deutsche Regierung dieser letzten Aufforderung nicht Folge leistet, werden sofort Maßnahmen getroffen werden, die besonders umfassen: 1. die Einstellung jeder Nahrungsmittelzufuhr und jeder Zufuhr von Rohstoffen an Deutschland, 2. den Abbruch aller Verhandlungen finanzieller Art, die augenblicklich mit Deutschland gepflogen werden, namentlich mit Rücksicht auf die Kreditbewilligung.

Zurückhaltung der Kriegsgefangenendampfer.

Hamburg, 28. Sept. Die Marineschiffbesichtigungskommission teilt mit: Auf Grund eines aus London plötzlich erfolgten Befehls hat die englische Marinekommandantur auf dem Kreuzer „Conventry" in Hamburg die deutsche Behörde ersucht, die zum Rücktransport unserer Kriegsgefangenen in England bestimmten Dampfer zurückzuhalten. Der Grund für diese Anordnung der englischen Marinekommandantur ist nicht bekannt. Nach ihrer Ansicht wird diese Verzögerung nur von kurzer Dauer sein. Die beiden am Sonnabend aus Hamburg ausgelaufenen Dampfer „Villareal" und „Melilla" sind heute nachmittag in Cuxhaven vor Anker gegangen.

Eine lettische Note an Deutschland.

Königsberg i. Pr., 27. Sept. Aus Riga wird gemeldet: Die lettische Regierung richtete durch Außenminister Meierowiz an den deutschen Gesandten eine Note, die sich gegen den Terror der deutschen Truppen in Kurland wendet. Ein langes Sündenregister angeblicher Gewaltakte der deutschen Soldaten wird aufgezählt und schließlich die deutsche Regierung gefragt, ob es ihr bekannt sei, daß sich noch deutsche Abteilungen auf lettischem Gebiete befinden. Bejahendenfalls wird die deutsche Regierung ersucht, Erklärungen zu folgenden Fragen abzugeben: 1. Welche Formationen deutschen Heeres, wo und in welcher Stärke befinden sich noch auf lettischem Gebiet? 2. Wodurch rechtfertigt die deutsche Regierung die Anwesenheit ihrer Streitkräfte in Lettland?

Wiedereinführung „schwarzer Listen" durch England.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, beabsichtigt England die schwarzen Listen wieder einzuführen. In der englischen Presse ist in letzter Zeit große Erregung darüber entstanden, daß angeblich deutsche Waren über neutrale Länder, und zwar als neutrale Ware in das Ausland gelangen. England soll nun beabsichtigen, die Ausfuhrerlaubnis von Waren aus neutralen Ländern von der Herbeibringung eines Ursprungszeugnisses abhängig zu machen und alle Firmen, die hierbei auf Unregelmäßigkeiten betroffen werden, auf die schwarze Liste zu setzen.

Versailles, 28. Sept. Laut „Matin" wird Frankreich von den 60 000 Tonnen deutscher Petroleumschiffe 30 000 erhalten.

Tittoni über die Lage Italiens.

Rom, 28. Sept. (Agencia Stefani.) Tittoni machte gestern in der Kammer die erwarteten Ausführungen über die allgemeine Lage und über die Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich. Er führte aus: Bei Ende des Krieges hoffte man, daß der Sieg die Anerkennung unserer Ansprüche im Ausmaß der von uns gebrachten Opfer bringen würde. Aber das Gegenteil trat ein. Die italienischen Delegierten mußten täglich ringen, um nur einen Teil des nationalen Programms zu verwirklichen. Die Ereignisse in Ungarn, Rumänien, Oberschlesien und anderwärts hatten die Friedenskonferenz gezwungen, von ihrem Hauptziel, die Friedensverträge abzuschließen, abzusehen. Im Januar 1918 hat Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß erklärt, daß er die abgeschlossenen Geheimverträge nicht anerkenne, ferner verkündete er seine 14 Punkte, in denen man schon die Möglichkeit einer Entstehung eines Mißverhältnisses mit Italien sah. Wilson wurde der oberste Friedensrichter, nicht weil der Angriff Amerikas den letzten Impuls zum Siege gegeben hat, sondern auch wegen der Tatsache, daß alle in der Nahrungsmittelfrage die Unterstützung Amerikas nicht entbehren konnten.

Am 17. Januar wurde unter Zustimmung der italienischen Delegation beschlossen, daß der Friedensvertrag einstimmig gefaßt werden mußte. Folglich konnte eine für uns günstige Stimmabgabe seitens Englands und Frankreichs für uns keinen Wert haben, denn die Stimme Amerikas fehlte. In einer Sitzung der Konferenz hatte sich Wilson neuerdings dahin ausgesprochen, daß es sich nicht nur um eine Unterhaltung zwischen England und Frankreich handele, daß Amerika vielmehr zustehe, den ihm gehörenden Platz einzunehmen und die adriatische Frage in einer Weise zu behandeln, daß Amerika dem Londoner Pakt in keiner Weise Rechnung zu tragen braucht.

•

Peter von Serbien in Belgrad.

Versailles, 27. Sept. Nach dem „Temps" ist König Peter von Serbien nach fünfjähriger Abwesenheit nach Belgrad zurückgekehrt. Er wird eine Privatvilla bewohnen.

Fortschritte Denikins.

Amsterdam, 28. Sept. Den englischen Blättern vom 26. d. M. zufolge meldet das Kriegsamt Fortschritte der Denikinschen Streitkräfte, die hierbei über 10 000 Bolschewisten gefangen nahmen.

Berchtold zu den Wiener Enthüllungen.

Graf Berchtold empfing den Korrespondenten einer Berliner Zeitung zu einer Unterredung über die Veröffentlichung des Wiener Staatsamtes. „Ich bedaure außerordentlich," sagte Graf Berchtold im Laufe des Gespräches, „daß die gegenwärtigen Wiener Feststellungen oder Enthüllungen jeden Willen zur Unparteilichkeit vermissen lassen. Die offenkundige parteipolitische Tendenz der Veröffentlichung und der Wahl des Zeitpunktes sind von der neutralen öffentlichen Meinung hinlänglich beleuchtet worden, so daß sich eine ausführliche Stellungnahme meinerseits erübrigt.

Die Pariser Konferenz hat, von dem Gedanken einer Mitschuld Oesterreich-Ungarns an der Entzündung des Weltkrieges ausgehend, dem neuen Oesterreich unerträglich harte Friedensbedingungen aufgezwungen. Nur sind die Pariser Anklagen gegen das alte Wiener Kabinett von den heutigen Machthabern in Wien noch unendlich übertrumpft worden. Was für eine Revision des Friedens von St. Germain verspricht sich nun eigentlich der allzu eifrige Verfasser des Rotbuches? Jede neue Enthüllung verschiebt kaleidoskopartig den Schwerpunkt der vielgesuchten Schuld. Bald war es Petersburg, bald war es Budapest, bald Berlin, nun ist es Wien. London, Paris und Rom sind bis jetzt in demselben Grade unberührt geblieben wie ihre Archive.

„Prinzipiell ist die Sinnlosigkeit der Schlußfolgerung solcher partieller Enthüllungen augenfällig. Der Weltkrieg war die tragische Resultante eines unendlich komplizierten Kräftespiels, zahlloser Kräfte, die miteinander, gegeneinander und ineinander spielten. Eine Erfassung der europäischen Vorgänge des Jahres 1914 könne darum nur auf synthetischem Wege erfolgen. Das Wiener Vorgehen führt naturgemäß dazu, daß sich die Moskauer, die Münchener und die Wiener Enthüllungen gegenseitig aufheben.

„Ueber meine persönliche Rolle in jenen Tagen vermag ich mich heute nur ganz allgemein zu äußern. Rückblickend erscheint es natürlich jedem, der heute in Mitteleuropa leidet, daß es besser gewesen wäre, die österreichisch-ungarische Monarchie hätte 1914 Bosnien und die Herzegowina und vielleicht mehr noch aufgegeben, oder sie hätte den Krieg in sechs Tagen, Wochen oder Monaten verloren. Meine Aufgabe vor dem Kriege bestand jedoch nicht darin, den österreichisch-ungarischen Staat friedlich aufzulösen, sondern ihn, wenn irgend möglich, im Frieden, wenn unausweichbar, im Kriege, zu erhalten. Unterlassungen waren in jener Zeit ebenso schwere Verfehlungen, wie überstürzte Entscheidungen. Wir mußten uns entscheiden, entweder kämpfend zu leben oder abzusterben, und unsere mehr als 50 Millionen zählende Monarchie drängte gebieterisch zum Leben. Schon die ersten Dokumente des Rotbuches erweisen für jeden Unvoreingenommenen, mit welcher Gründlichkeit und Sachlichkeit, mit welchem Verantwortlichkeitsgefühl unsere Diplomatie gearbeitet hatte. Mich selbst sucht man nun wohl als machiavellistischen Puppenspieler des damaligen Europas im großen Spiele hinzustellen. Ich war mir nie bewußt, selbstherrlicher Drahtzieher hilfloser Marionetten in Berlin und anderswo zu sein, und ich war es auch nie. Derartig melodramatische Kombinationen entsprechen wohl der Welt des Films, nicht aber der Wirklichkeit. Die qualvolle Arbeit jener Tage liegt im umfangreichen Satze in den Wiener Archiven, und es wird darin wenig Leichtfertigkeit und Unbesonnenheit nachzuweisen sein. Meine konstitutionelle Gebundenheit wird jedem gerecht Denkenden so manche Verzögerung erklären; die Einstimmigkeit schwerwiegender Entschließungen wird ihm die beinahe schicksalhafte Unentrinnbarkeit der Geschehnisse nahebringen. Ich bin mir hinreichend meiner Unzulänglichkeiten bewußt, um meiner Menschlichkeit eingedenk zu bleiben. Aber ich glaube, vor meinem Gewissen und vor dem Urteil der Geschichte einigermaßen bestehen zu können.

„Ihrem Wunsche, mich zu zwei Haupttendenzen der Veröffentlichungen zu äußern, vermag ich nicht ganz Rechnung zu tragen. Der unerläßlichen Mission eines großen Donaureiches werden sich die Völker des balkanisierten Mitteleuropas ohnehin mit jedem Tage mehr und mehr bewußt. Die zweite Grundtendenz, die sogenannte „Entlastung" Deutschlands, beruht auf einem opportunistischen Denkfehler, dem ich um so weniger entgegenzutreten vermag, als ich weder die Neigung, noch die Möglichkeit besitze, diese Entlastung mit einer Belastung zu beantworten. Nach wie vor weiß ich nur zu gut, daß wir und unsere ehemaligen Bundesgenossen einen Verteidigungskrieg in dem ernsthaftesten Sinne des Wortes geführt haben. Hätten die schrecklichen Folgen des Krieges in den so schwer leidenden besiegten Völkern nicht die furchtbare Manie zur Selbstbefleckung und Selbstzerfleischung entfesselt, so hätte ihnen der Friedensvertrag noch einmal bewiesen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn einem Einkreisungs- und einem Vernichtungsplane ausgesetzt waren, dem sie auch schließlich zum Opfer gefallen sind. Es scheint vielfach das Bestreben obzuwalten, eine Versöhnung Europas durch ein Abschieben der Schuld am Kriege auf die zwei großen Toten des Weltkrieges, auf das Zarenreich und die Doppelmonarchie, zu fördern. Aber schon schwindet vor der Schuld am Kriege die Schuld am Frieden, schon sind die Konturen der nächsten Kriege deutlich sichtbar, und sie scheinen in gleicher Weise unentrinnbar zu sein."

Amerika rüstet für den nächsten Krieg.

Der Chef des amerikanischen Generalstabes General March sagte in der Senatskommission für militärische Angelegenheiten, daß der Tank in künftigen Kriegen stets mehr Verwendung finden werde. Als Geheimnis teilte er mit, daß Amerika einen neuen besonderen Tank mit schweren Kanonen konstruiert habe. Einzelheiten wurden verweigert.

Und das trotz Völkerbund und französisch-englisch-amerikanischem Schutzvertrag!